



Abstimmung zum Grundgesetz am Nil

Verfassung, Antiterrorgesetz: Sozialismus/Islamismus raus, Demokratie rein

Das Fünzigerkomitee votierte Sonntag über 138 der 247 Artikel des mithin modifizierten Verfassungsentwurfs. In Kairo geleitet durch den langjährigen Diplomaten Amru Musa, ist die Debatte noch bis zum Volksentscheid im Januar offen. Ins Auge fällt die bessere Gewaltenteilung. So wird eingegrenzt, daß der Präsident der Republik Chef des Staats und der Exekutive ist. Er beauftragt den Premier mit Regierungsbildung und -programm, der binnen 30 Tagen des Vertrauens einer Abgeordnetenmehrheit per Abstimmung bedarf. Zwei Drittel aller Abgeordneten dürfen ein Verfahren gegen den Präsidenten einleiten. Bis zum Urteil wird er durch einen Vertreter ersetzt und kann nicht mehr weiterregieren.



Foto: [Wiki](#)

Tamarrudrevolte: Unterschriften gegen Präsident Muhammad Mursi am 13. Mai 2013; zwei Mitglieder der Tamarrud-[„Revolte“-]Bewegung beendeten mit diesen Grundgesetzentwurf im Fünzigerkomitee

Der Entwurf des Grundgesetzes stärkt die Unabhängigkeit der Judikative. Parteien auf religiöser Basis bleiben verboten. Jede der 64 Seiten, im Entwurf signiert durch Musa, birgt Erfahrungen aus dem Sturz der Präsidenten Husni Mubarak nach der Lotusrevolte am 25. Januar 2011; und Muhammad Mursi drei Tage nach der Coupvolte am 30. Juni 2013. Im TV bittet die Interimsregierung die Bürger, breit am Referendum teilzunehmen. Motto: Man kann über viele Punkte streiten, doch setze die Wahl den Willen des Volkes in Sinne jener beiden Revolten um. Dies sei Ägyptens Botschaft an die Völker der Welt.

Rundtische

In der Tat, trotz aller Versuche, durch Gewalt auf Straßen, in Universitäten und auf der Halbinsel Sinai Destabilität zu erzeugen, wird also der Fahrplan des Interimspräsidenten Adli Mansur umgesetzt. Die alte Verfassung, die auf die Totalmacht der Islamisten abhob und am 8. Juli 2013 außer Kraft gesetzt wurde, ist damit überholt. Der Weg wird frei für Wahlen zum Parlament und Präsident. Aktivisten kritisieren, dass wenige Meinungsdivergenzen im Fünzigerkomitee ans Licht kamen. Nobelpreisträger Najib Mahfuz schlug einst runde Tische vor. Die Idee aus dem Aufbruch Osteuropas 1989, ging wieder unter.

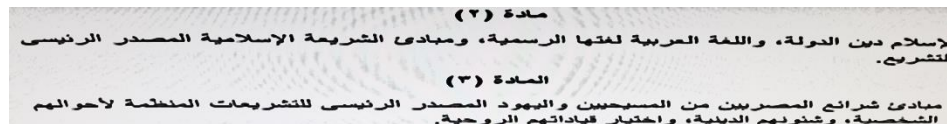
Viele Ägypter treibt die Sorge um das Überleben um. Immer ist etwas zu teuer oder nicht auf dem Markt. Daneben flackerten Straßenschlachten auf. Nun sorgten Studenten an [Universitäten](#) für Unruhe. Ihr Kommilitone Abd al-Ghani Mahmud sei als Demonstrant nahe der al-Azhar-Universität am 20. November getötet worden (laut Muhammad Fathallah, Gesundheitsamt, durch eine Schrotkugel). Protestierende zählten da 100 Tage nach der [Gewalt](#) gegen [Straßenblockaden](#). Sie forderten, Großscheich der al-Azhar-Universität Ahmad Muhammad at-Tayyib und Universitätspräsident Ahmad al-Abd zu entlassen. Ersterer edierte Mitte 2011 sein *Dokument des liberalen Ägyptens*. Letzterer „verbot Proteste und deckte das Militärregime“, das zwölf Studenten zu zwei Jahren Haft aburteilte.



Foto: [Wiki](#)

Al-Azhar Großscheich Ahmad Muhammad at-Tayyib, Jahrgang 1946

Von at-Tayyibs *Al-Azhar-Dokument* ging viel in den Verfassungsentwurf ein, obzwar die [Scharia](#) als Hauptquelle des Gesetzes gilt. Doch gesteht Artikel drei den christlichen und jüdischen Ägyptern „ihre eigene Scharia“ als Hauptquelle ihrer Gesetze, ihres religiösen Lebens, ihrer persönlichen Verhältnisse und Führerauswahl zu. Was für ein Fortschritt im laut Artikel 1 „demokratischen Regierungssystem“. Also adieu, [Islamismus/Sozialismus](#).



Artikel 2: Der Islam ist die Religion des Staates, Arabisch ist dessen offizielle Sprache, die Prinzipien der islamischen Scharia sind die Hauptquelle der Gesetzgebung.

Artikel 3: Die ägyptischen Christen und Juden folgen den Prinzipien ihrer Scharias als Hauptquelle ihrer persönlichen Verhältnisse, ihrer religiösen Angelegenheiten und der Auswahl ihrer geistigen Führer.

Erstmals werden damit die [Minoritäten](#) von der islamischen Scharia befreit. Dies ist der *gemäßigte Islam* am Nil. Ahmad Muhammad at-Tayyib ist dessen liberaler Fackelträger.

Kurzfassung der elf Punkte aus dem al-Azhar-Dokument Ahmad at-Tayyibs vom 20. Juni 2011

- * Der moderne konstitutionelle und demokratische Staat trennt Exekutive, Legislative und Judikative. Die Kernlinien der Scharia bilden die Rechtsbasis. Andersgläubige mögen ihren Schariagesetzen folgen.
- * Die demokratische Ordnung beruht auf freien und direkten Wahlen als moderner Weg der Scharia. Dazu zählt Pluralismus, friedliche Machtübergabe, Gesetztreue, Transparenz und freie Information.
- * Alle grundlegenden Freiheiten und Rechte müssen gesichert werden, also der: Gedanken, Meinung, Frauen, Kinder und Bürger. Verboten ist die Diskriminierung nach Religion, Rasse und Geschlecht. Der Staat respektiert gleichwohl den Pluralismus sowie alle drei monotheistischen Religionen.
- * Die Ethik der Debatte ist zu achten. Die Anwürfe der Apostasie und des Verrats sind zu vermeiden. Die Religion darf nicht ausgenutzt werden für Spaltung, Feindschaft und Aufhetzung von Bürgern. Rassistische Tendenzen sind ein Verbrechen. Der respektvolle Dialog unter Gleichen ist zu achten.
- * Internationale Verträge und Resolutionen müssen eingehalten werden. Die Verpflichtung zu den kulturellen Errungenschaften entspricht dem toleranten Erbe der islamischen und arabischen Kultur.
- * Gebetshäuser der drei Religionen und deren Rituale sind zu sichern wie die Freiheit des Ausdrucks.
- * Der Staat führt Ägypten in eine Ära des Wissens und holt auf, darunter im Ringen gegen das Analphabetentum.
- * Priorität erfahren Sozialentwicklung und Recht, die Bekämpfung der Tyrannei und der Korruption.
- * Aussenbeziehungen folgen dem Interessenausgleich; es geht um das Niltal, arabische, afrikanische und islamische Kreise.
- * Zu sichern sind die Unabhängigkeit der al-Azhar-Universität und der Ausgleich unter den diversen islamischen Schulen.
- * Die al-Azhar-Universität ist die Autorität in den Islamfragen unter Achtung der Meinungsfreiheit. Quelle: Al-Ahram, Kairo 21.06.11

Antiterrorgesetz

Zwölf meist ägyptische Vereine für Menschenrechte warnten am 7. November 2013 vor dem Gesetzentwurf gegen Terror. Damit würden die Grundlagen für einen *Polizeistaat* wie vor der Lotusrevolte sowie für mehr Gewalt und Terrorismus gelegt. Klar treten die Muster einer repressiven Gewalt im Gesetz hervor, dessen Begründung sich wenig vom Vorgängergesetz zwei Dekaden zuvor unterscheidet - und auch Aktivisten erfassen kann.

Neben der Hauptwarnung, dass Schritte des Antiterrors keine automatische Autorisierung für all die Maßnahmen der bewaffneten Kräfte bildeten, werden fünf Punkte erklärt. Die Begriffe „Terrorakte und terroristische Verbrechen“ seien so vage definiert, dass sie leicht dazu benutzt werden könnten, Rechte der politischen Opposition und Zivilgesellschaft zu beschneiden. Schwammige Formeln wären dazu angetan, auch friedlich Protestierende zu belästigen. Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren gibt es gegen jene, die direkt zum Terror aufrufen oder diesen indirekt unterstützen (schriftlich, mündlich, Medien und Webseiten: nicht allein die Erzeuger solcher Webseiten, sondern auch deren Nutzer).

Sieben Artikel fordern die Todesstrafe für Terrorakte mit dem Tode als Folge, wobei sie nicht zwischen dem Terror, Mord und den Taten mit unabsichtlicher Todesfolge trennen. Die Anwaltsbehörde speziell für die Antiterrorverfolgung untergrabe die Unabhängigkeit der Judikative, da die Behörde dem Justizministerium unterstehe. Eine Terrordefinition fehle. Die Kategorisierung im Gesetz „Terrorakte/Verbrechen“ wäre zu breit gefaßt. Es gehe nicht nur um Strafverfolgung, sondern auch um all die Mißstände dahinter.

Chancen

Wir sehen, wie der Staat die Kontrollen und Gegenkontrollen einrichten muss. Zum einen soll er für Ruhe und Sicherheit sorgen, darf zum anderen aber nicht die legitime Opposition unterdrücken. Diese stete Zwickmühle, verstärkt durch die alten und neuen Leidenschaften in den jüngsten Jahren, wirkt ständig. Alles lässt sich gut kritisieren. Von Organisationen der Menschenrechte könnte man konkrete Gegenformulierungen für Einzelpunkte erwarten, auch für Terror und Terrorismus. Je klarer gefasst, desto besser für alle.

Ob schließlich am Nil rasch Bedingungen verändert werden können, die Terror fördern, ist angesichts der Wirtschaftsmisere fraglich. Darüber gibt es einen langen Streit, in dem wohl jene den kürzeren ziehen, die behaupten, Terrorismus entspringe Armut und Elend. Es gibt so viele Erdteile mit einem niedrigen Lebensniveau, die nur wenige Terroristen hervorbringen. Umgekehrt kommen viele Terroristen aus begüterten Verhältnissen und könnten ihre Gelder wirklich besser zum Nutzen ihrer Völker anlegen als andere zu töten. Die politische Krise ist am Nil längst nicht beigelegt. Obwohl dort eine tiefe Umwälzung im Vergleich zur vorherigen Macht abläuft, sind die Fortschritte noch bescheiden. Doch ist es andererseits auch die *Taktik* von Islamisten, die Wut, Verzweiflung und Destabilität zu vertiefen: ein dramatisches Tauziehen um die Volksseele im jetzigen Wirtschaftsruin. Stimmen jüngste Berichte, dann haben sich Teile der Islamisten wie Muslimbrüder nach Libyen und Sudan abgesetzt. Ihre Führer plädieren laut al-Ahram dafür, die Taktik der zerrüttenden Gewalt fortzusetzen. Dies verbreitete auch der Islamist Asim Abd al-Majid aus Qatar über den TV-Sender al-Jazira.

Wolfgang G. Schwanitz

Mehr in *Islam in Europa, Revolten in Mittelost*, Neuerscheinung, 10. Juni 2013: Buch in Berlin bestellbar.